

- Klerqc, Jumbo (1997): Intergenerationelles Lernen. Der Blick über die Ländergrenzen hinweg. In: Meisel, Klaus (Hg.): Generationen im Dialog. Frankfurt/Main, S. 84–94.
- Klingowsky, U. (2004): Professionalisierung und multimediale Selbstlernarchitekturen. Erste Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung. Online im Internet: URL: http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2004/klingovsky04_01.pdf
- Künemund, Harald/Motel, Andreas (2000): Verbreitung, Motivation und Entwicklungsperspektiven privater intergenerationaler Hilfeleistungen und Transfers. In: Kohli, Martin/Szydlík, Marc (Hg.): Generationen in Familie und Gesellschaft. Opladen. S. 122–137.
- Marquard, Markus/Schabacker-Bock, Marlis/Stadelhofer, Carmen (2008): Alt und Jung im Lernaustausch. Eine Arbeitshilfe für intergenerationale Lernprojekte, Weinheim und München.
- Meese, Andreas (2005): Lernen im Austausch der Generationen. In: DIE – Zeitschrift für Erwachsenenbildung II. Heft. S. 37–39.
- Schirmmacher, Frank (2004): Das Methusalem-Komplott. München.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2007): Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 1; Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Wiesbaden.
- Veelken, Ludger (2003): Reifen und Altern. Geragogik kann man lernen. Oberhausen

Konrad Hummel: Das Kräftefeld des „magischen Viereckes“ als Engagementförderung

Bürgerschaftliches Engagement gehört im Kern des gemeinwohlorientierten öffentlichen Handelns zu den selbstbestimmten Verhaltensweisen, die weder beliebig wie ein Ware hergestellt und gekauft noch obrigkeitstaatlich angewiesen werden können.

In dieser Analyse gehen wir davon aus, dass vier wichtige Dimensionen aufeinander wirken: die Wertgrundlagen der Menschen, die gesellschaftlichen Milieus, die Verfasstheit der Gemeinwesen und Führung der Institutionen (leadership) und die jeweiligen Beteiligungsformen der Gemeinschaftsbildung (community building).

Es erscheint einleuchtend, dass bei „idealen Bedingungen“ Engagement quasi nur ausgelöst und angestoßen werden muss. Da die gesellschaftlichen Wirklichkeiten und Rahmenbedingungen meist jedoch völlig anders sind, ist eine genaue Analyse auch der Wechselbeziehungen zwischen den vier Dimensionen erforderlich.

Die Kunst gelingender Engagementförderung ist es, dieses Kräftefeld so zu „inszenieren“, dass Menschen in der Auseinandersetzung mit ihren Institutionen die Chancen ergreifen können, sich engagiert einzubringen. Je nach Engagementform gilt es auch zu berücksichtigen, dass im Engagement soviel kritisches Potenzial beinhaltet ist, dass es „der Staat“ ohnehin nicht instrumentalisieren kann oder es von soviel tendenzorientierten Werten bestimmt ist (wie z. B. kirchlichem Engagement), dass der Staat höchstens ringen kann um den Gemeinwohlscharakter dieses öffentlichen Handelns.

Werte und Motive des Engagements

Ausgangspunkt der Überlegung ist, dass Engagement nicht „gemacht“ werden kann.

„Die Gesellschaft kann ihre Individuen nicht glücklich machen...doch sie kann sie frei machen, etwas mit der Freiheit anzufangen, Einfluss auf die Bedingungen zu nehmen, die Bedeutung des Gemeinwohls zu formulieren und die Institutionen dahin zu bringen, diese Bedingungen zu erfüllen“ (Zygmunt Baumann (2000), Die

Krise der Politik, S.156)

Die „verantwortungsethische Handlungsbereitschaft“, wie es Helmut Dubiel nennt, wird nicht von Institutionen erzeugt, sondern in Erziehungsprozessen erworben und – so fügt er hinzu – es könnte sein, „dass die längst vorhandene Solidaritätsbereitschaft der Bürger durch Institutionen nicht erschlossen werden“ (Helmut Dubiel, Von welchen Ressourcen wir leben, S.87; in: Ders., Was hält die moderne Gesellschaft zusammen?,1996)

Dieses Verhältnis zwischen Wertgrundlagen und Institutionen ist wechselseitig und spannungsvoll. Diese Wertgrundlagen entstehen in einer jeweiligen Kultur, den gesellschaftlichen Grundwerten, in die wir hineingeboren werden, etwa den europäischen Wertebezug von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Deshalb kommt dem Bürgerengagement im europäisch-amerikanischen Dialog immer auch ein ganz verschieden gefärbter Hintergrund zu.

Während in Deutschland dies aufgrund langer staatlicher Traditionen immer eher die Mit-Wirkung ist (wie ehemals das Ehren-Amt) und über Verbände oftmals kanalisiert wird, erscheint es im angloamerikanischen Raum polarisierter, autonomer. Da sind Bürger mithelfend caritativ mit oder ohne Staat tätig und kämpfen im übrigen um ihre Beteiligungsrechte im Stadtteil (community organizing) oder in Menschenrechtsfragen. Da wird im romanisch sprechenden Europa zwischen Benevol und Voluntariat unterschieden, zwischen den „guten Helfern“ und den definitiv Freiwilligen in eigener Sache. Entsprechend werden in Deutschland Freiwillige vorzugsweise „qualifiziert“ für Aufgaben, die „vermeintlich“ andere Fachkräfte definiert haben und im angloamerikanischen Bereich in „leadership-Seminare“ geschickt. Die wären in Deutschland eher „Führungskader“ der Verbände des Dritten Sektors.

Wie sehr der Traum vom guten Leben, orientiert an diesen Werten, immer wieder neu zum Menschen hin („eine neue lokale Empfänglichkeit“) heruntergebrochen werden muss, hat Michael Walzer (Michael Walzer, Zivile

Gesellschaft, 1992) aufgezeigt und Zygmunt Baumann (s. o.) sozusagen „weiterbuchstabiert“. In Sicherheit, Chancengerechtigkeit und Vernetzung sieht er die „neuen Kleider“ der drei alten Grundwerte.

Die großen Wertinstitutionen der Gesellschaft, z. B. die Kirchen, vergewissern sich mit ihren Denkschriften und die Medien mit ihren Megathemen der Weiterentwicklung der Grundwerte.

Bei der Umsetzung sind die Menschen aber auch geprägt von den Gruppen, denen wir uns zuordnen, den Wertgemeinschaften, Lebensstilen in all ihren ökonomischen Festlegungen, kurz: den Milieus, denen wir angehören.

Zum Handeln und zum Engagement fordert heraus, wenn es gilt, solche Grundwerte umzusetzen oder leben zu können. Der Einzelne erfährt solche Herausforderungen in der Regel gar nicht abstrakt, sondern bedrängend konkret, nämlich wenn es um seine eigene Freiheit geht, etwas zu tun, zu lassen oder zu sein; um sein Gleichheits- und Gerechtigkeitsempfinden, ob kirchlich oder weltlich geprägt, und um seinen Wunsch, brüderlich, schwesterlich oder hilfreich zu sein, nicht zuletzt, um selbst mit Hilfe rechnen zu können.

Die ersten breiteren Motivationsbefragungen zum Bürgerengagement in der baden-württembergischen Landesstudie (gleichnamig im Sozialministerium, Stuttgart, 1996) unterscheiden das Motiv des Pflichtbewusstseins und des Helfenwollens auf der einen und den Wunsch nach Mitgestaltung und Eigennutz/Ich-Bezug auf der anderen Seite.

Letztlich gehören diese Motive auf einer Achse von traditionellen zu modernen Mustern aber zusammen. Es braucht von allem etwas. Wo der Fokus liegt, entscheiden die Betroffenen durch ihre subjektive Verortung im Prozess gesellschaftlicher Modernisierung.

Wie unmittelbar tief die Wertorientierung beim Engagement verankert ist, zeigen die spektakulären Beispiele kollektiven Engagements. Überschwemmungskatastrophen u. ä. mobilisieren auf einen Orts- und Zeitpunkt hin alle gesellschaftliche Gruppen und deren unterschiedliche Motive.

Milieus und Engagement

Bestimmend für die unterschiedlichen Engagementfeldern und Verhaltensformen sind weiterhin die Milieus.

Sich zu engagieren weist den modernen Bürger geradezu aus als Teil seiner „Community“, seines Milieus. Es macht ihn, je weniger er über Glaubensgemeinschaften oder Großinstitutionen, nicht einmal Nationalitäten ausweisbar ist, zu einem identifizierbaren, glaubwürdigen, authentischen ungeschriebenen Mitglied und stabilisiert in instabilen Zeiten seine gesellschaftliche Identität.

Beispielhaft erkennt jeder das etablierte Milieu beim Handeln der Mäzene oder Rotarier im Feld des Engagements; Denkmalschützer, Kirchengemeinderäte oder Rot-

kreuzvorsitzende entstammen in der Regel dem traditionellen bürgerlichen Milieu. Umgekehrt findet traditionelles Arbeitermilieu seinen Ausdruck bei Sportvereinen, Gewerkschaften oder Schrebergärten. Feuerwehren, Landsmannschaften, auch radikalere Jugendgruppen schöpfen erfolgreich im konsummaterialistischen Milieu, ADAC und Tennisfreunde im Aufsteigermilieu. Asylinitiativen, Partnerschaftsvereine, wissenschaftliche Freundeskreise zeigen ihre Zuordnung zum liberal-intellektuellen Milieu.

Moderne bürgerliche Milieus stützen Tier- und Naturschutzgruppen, sind der Kern der Stadtteilvereine, ihr eher arbeitnehmerorientiertes Pendant hat Greenpeace, Drittweltpaten und moderne Eltern-Kind-Gruppen wachsen lassen. Harley-Davidson-Freunde, türkische Vereine und Kraftsportgruppen sind bei den Hedonisten zu finden, kantige Bürgerinitiativen bei den postmodernen Milieus.

Alles zusammen, hier am Beispiel der 10 Sigma/Sinus-Milieus differenziert, bildet den reichen Boden des Bürgerengagements in einer Stadtgesellschaft. Eine angemessene Wertschätzung und differenzierte Wahrnehmung hat unterschiedliche Aktivierungsmethoden zur Folge.

Strukturen und Verfassung des Gemeinwesens (Leadership)

Werten und Milieus der Bürgerschaft stehen die Institutionen, Strukturen, Methoden und Vorgehensweisen in der Gesellschaft gegenüber.

Wie ist die Verfasstheit des Staates, der Gemeinde oder des Vereins, in dem es um Engagement geht? Wie die praktizierte Führung?

Welche Rollen und Zugänge stehen zur Verfügung, etwa das Wahlrecht über das Staatsbürgerrecht, die Volljährigkeit oder die Geschlechtergleichberechtigung? Welche Orte, Symbole oder Wertschätzungen kennt diese Kultur? Wie wichtig sind gewählte Vertreter wie Stadträte, wie wichtig sind Verwaltungsstrukturen? Und wie stellt sich Gesellschaft die Gemeinschaftsbildung vor, den Aufbau von Gemeinden und Gemeinwesen, englisch „community“ und entsprechend „community building“.

Was bedeutet das für Nachbarschaften? Welche Verfahren des Heranführens an gesellschaftliche Ressourcen und Macht kommen zum Einsatz, wie etwa beim Bürgerhaushalt, bei Neubürgerempfangen oder in Stadtentwicklungsverfahren? Oder sind es selbstorganisierende, macht- oder gegenmachtgenerierende Organisationsstrategien, wie das „community organizing“, die Bürgerinitiativen oder, vor zehn Jahren, die Bürgerbegehrensbewegung und die Selbsthilfegruppen? Sind die Verfahren inklusiv, in dem sie grundsätzlich alle gesellschaftlichen Gruppen mitnehmen, oder selektiv, heben sie bestimmte Gruppen heben, stärken sie (und machen sie fit) für Aus Handlungsprozesse (empowerment, bzw. „positive Diskriminierung“)?

Für die kommunale Ebene in Europa gibt es für demokratisches Bürgerengagement ganz unterschiedliche

Plattformen, eine unübersehbare Vielfalt der Verfasstheit von Gemeindeordnungen und ähnlich vielfältig die Verfasstheit der Kirchen.

Engagement heißt, sich in einer spezifischen, nicht mehr privaten Rolle und Handlungsposition in solchen Feldern zu bewegen, sei es im Rahmen der Strukturen, sei es, um diese Strukturen zu verändern und so Einfluss zu nehmen.

Engagementforschung gehört deshalb zur governance-Forschung, nicht zur „klassischen government-Forschung (Politik- und Regierungshandeln)“. Die Euro-

Die unterschiedlichen Beteiligungsformen

Dabei ist nun zu unterscheiden, was überhaupt Beteiligungsformen sind, die über die Grundannahmen der Demokratie hinausgehen und die davon ausgehen, dass Verwaltung sich zu legitimieren hat, Führung zu wählen ist und Beteiligungsrechte einklagbar sind. Was fördert Beteiligung als solche, was bringt Engagement voran? Oder ist nicht schon jeder Vereinszuschuss Engagementpolitik und jede Parteiveranstaltung eine Beteiligung?



päische Union hat seit über zehn Jahren im Rahmen ihrer Urban- und Regionalprojekte solche good governance-Forschung gefördert – parallel zur deutschen Debatte um die Förderung Soziale Stadt.

Architekten und Stadtplaner diskutieren diese Themen stark methoden- und verfassungsorientiert. Selten entstehen daraus Projekte und kooperative Dienstleistungsformen, wie sie die Zivilgesellschaft in der Praxis aber hervorbringt. Da parallel dazu ein vergleichsweise stark ausgebauter staatlicher und wohlfahrtsverbandlicher Sektor in Deutschland sich erheblich verschlankt und verändert hat, gibt es von Hallenbädern über Büchereien bis Kindergärten, Grün-parks oder Resozialisierungsmaßnahmen bei Jugendlichen kein Tabu mehr für neue Formen der Partnerschaft oder Koexistenz zwischen Kommune und Bürgerschaft – viel häufiger gibt es also eine public-citizens-partnership als die beschworene public-private-partnership mit Akteuren der Wirtschaft.

Panagotis Getinis und Herbert Heinelt haben in einer Studie versucht, die Bedingungen von gutem Gesamtmanagement der unterschiedlichen Faktoren zu messen, d. h. die Zunahme von Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement als Ausfluss und Nebenwirkung besser aufeinander abgestimmter Politiksteuerungsmassnahmen aus den Projektteilnehmerstädten der EU-Förderung herauszufiltern (Leadership and community involvement in european cities, Chicago conference-paper 2004).

Sie bilden für die Strukturfragen der Verfasstheit und Führung (Leadership) vier Kategorien:

Der/die Führende als Visionär, als Konsenssuchender, als Boss oder Sorgenverwalter/Regelhüter.

Diesen Führungsmustern stellen sie unterschiedliche Gemeinschaftsbildungsmuster und Beteiligungsformen (community involvement/building) gegenüber. Sie können verbändegestützt („corporative“) oder gemeinwesen-gestützt („collective“) sein, alle Bürger mitnehmend

(„inclusiv“) oder gruppenstützend („selectiv“). Ihre wichtige Hypothese ist, dass es nicht ein Erfolgsmuster für mehr Demokratie gibt, sondern dass die Wechselwirkung passen und stimmen muss.

So stellen sie – zuerst nicht weiter verwunderlich – bei über 40 beteiligten Städten in Europa fest, dass diejenigen, in denen visionär und im Konsens geführt wird, bei den erfolgreicher sind und gemischte kooperativ-kollektive Verfahren nachhaltiger wirken, vor allem, wenn sie möglichst inklusiv sind, also alle mitnehmen.

Was aber tun, wenn die Konstellationen andere sind, wenn keine „Schönwetterdemokratie“ herrscht?

Je nach Situation kann auch in einer Stadt trotz „Boss-Führungsstils“ ein Engagementfortschritt erzielt werden, wenn die Beteiligungsmethode darauf abgestimmt ist oder der Prozessverlauf sogar aus einer starken Führung Nutzen zieht.

Je nach Situation kann ein selektives Vorgehen mehr an Klarheit bringen. Es ist vor allem die Kunst, dies zugunsten von Engagement zu inszenieren: „Any democratic system needs to rest on some kind of authentic participation“ (Getinis/Heinelt, S.10).

Beteiligungsverfahren und Führung (hier kommunale Führungsverantwortung) müssen zueinander finden und glaubwürdig sein.

Inzwischen ist Beteiligung so formalisiert und institutionalisiert, dass erfahrene Praktiker das Dilemma soweit zuspitzen, dass sie „Berücksichtigung vor Beteiligung“ fordern (Herbert Scherer, Was brauchen Stadtteilzentren? S.25, in: Engagement, Beteiligung, Mitwirkung. Dokumentation des TRIO-Fachtags Berlin am 8.6.2007, hg. vom Verband für sozial-kulturelle Arbeit).

Es kommt sowohl auf der formalen Seite der politischen Macht als auch auf der wertorientierten Seite der Engagierten mindestens ebenso auf den output der Beteiligung, was bleibt und wächst, an wie auf der legitimatorischen Seite darauf, ob die Bürger korrekt beteiligt wurden. Dem hat die Beteiligung (Form) stärker als in der bisherigen Stadtentwicklungsdebatte der Sache (Funktion) zu folgen: Bürger sind Mitproduzenten der Daseinsvorsorge.

Auch das ist eine Frage authentischer Partizipation: Verbinden sich Beteiligung und Engagement so, dass am Ende beteiligte Bürger herauskommen, die sich ihre Institutionen Stück für Stück aneignen und gestalten, Eigenverantwortung und Solidarität umsetzen können?

Beteiligen oder Teilhaben?

Roland Roth (s.o. bei H. Scherer) fordert eine nachhaltige Engagementpolitik, die dadurch gekennzeichnet sei, dass eine sich neu aufstellende Verwaltung „auf Augenhöhe“ auf eine aktiv-selbstbestimmte Bürgerschaft zugehe und umgekehrt. Um gemeinsame Lösungen müsse gerungen werden. Auch er versucht, Beteiligung und

Engagement letztlich als verbindlichen politischen Aushandlungsprozess zu fokussieren.

Der US-amerikanische Ansatz der community organizer-Methode nach Saul Alinsky argumentiert noch parteiischer: Die städtische Nachbarschaft ist um klare Rollen, Visionen und Führung herum zu formieren, wo Verhandlungen die Interaktionsformen sind.

Ein prominenter Organizer, Barack Obama, formuliert es (1983 in der Schrift der Universität von Illinois, Illinois Issues 1990) so: „Das bedeutet, Kirchen, Nachbarschaftsclub, Elterngruppen und andere Institutionen in einem Gemeinwesen zusammenzubringen, damit sie Beiträge zahlen, Organizer einstellen, Forschung betreiben, Führungskräfte hervorbringen, Demonstrationen und Bildungskampagnen abhalten und Pläne für eine Reihe von Themen machen. Wenn dieser Prozess erst einmal angeht, können Politiker, Behörden und Unternehmen dazu gebracht werden, sich um die Bedürfnisse der Nachbarschaften zu kümmern“.

Im europäischen Sozialmodell ist man geneigt zu sagen, dass sowohl Parteien, kommunale Selbstverwaltung, Kirchen und Gewerkschaften in ihren Mitgliedsstrukturen schon da sind. Oftmals geht es also im alten Europa mehr um die Öffnung und Modernisierung der Zivilgesellschaft selbst: Aktive Sportvereine, praktisch nicht offen für Migranten; große Parteien, praktisch nicht offen für Jugend; Kirchengemeinden, die praktische soziale Fragen an den kirchlichen Verband delegierten usw.

Dennoch wissen wir, dass unzählige „Nachbarschaften“ (Stadtteile, Quartiere, Gemeinden) weder hinreichend vertreten sind noch die unmittelbar Betroffenen in den Institutionen „zu Wort kommen“, sich vertreten fühlen oder gar selbst aktiv etwas tun.

Die installierten Stütz- oder Managementstrukturen haben gleichermaßen die Aufgabe, den Anliegen der Betroffenen Gehör zu verschaffen als auch die vorhandenen Institutionen zu öffnen.

Seit den Agenda 21-Prozessen und der Debatten um Porto Alegre ist dies verbunden mit der Kritik an der Kurzatmigkeit von Politik und Wirtschaft. Bürgerengagement skandalisiert unzureichende Klima- oder Armutsmaßnahmen.

Glaubwürdig ist das nur, wenn dies mit der Qualifizierung der Betroffenen verbunden ist und – darin liegt einer der schwierigsten Fragen zukünftigen Bürgerengagements – in einer Verschränkung von Wissen, Macht und Lebensstil.

Obama formuliert die Erkenntnis so: „Probleme von Schwangerschaften von Teenagern, Bandenzugehörigkeit und Drogenmissbrauch können durch Geld nicht allein gelöst werden...“. Mit Richard Senett, Zygmunt Baumann oder Michael Walzer allgemeiner gefasst, schaffen es Geld und Macht allein nicht ohne die kulturellen Bindungskräfte einer solidarischen Gemeinschaft – und umgekehrt.

Darin liegt die Gefahr einer Engagementpolitik, die sich auf solidarisches Handeln oder Ressourcenbeschaffung oder Machterwerb jeweils allein beschränkt. Sie wirkt nicht nachhaltig und erfüllt damit nicht ein zentrales Motiv von Bürgern.

In Zeiten der Kommunalisierung

Der Handlungsdruck, zu neuen Daseins- und kooperativen Dienstleistungsformen und Institutionen auf lokaler Ebene zu kommen, ist auf Seiten der Kommune erheblich gewachsen.

Während in den 1990er Jahren mit der Pflegeversicherung die letzten Versuche stattfanden, das Problem der Pflege aus der örtlichen Sozialhilfe in die nationale Verantwortung zu legen, kehrt sich das bei den neuen Reformen um. Der Arbeitsmarkt wird, wenn auch halberzig und wenig verfassungskonform, kommunalisiert, in der Bildungsdebatte ist die Kommunalisierung von Schulen und Ausbildung einschließlich der Kindereinrichtungen kein Tabu mehr¹.

Nun wird überall, z. B. im Umfeld neuer Pflegestützpunkte, eine Versorgungslandschaft von Netzwerken entstehen, die drei Sektoren erfolgreich zusammenbringen soll: Staat, marktwirtschaftliche Versicherer und Bürgerschaft, Verbände, Selbsthilfegruppen. Vorgeschlagen werden Methoden des „case managements“. Bürgerengagement verkommt darin zur Managementaufgabe.

Derzeit schießen Stützpunkte, Mehrgenerationentreffpunkte, Nachbarschaftsheime, Bürgerhäuser, Seniorenzentren, Freiwilligenagenturen, Mütterzentren und Selbsthilfekontaktstellen mit Engagementpolitik aus dem Boden. Alle wollen Engagement und meinen vor allem die professionelle Absicherung aus unterschiedlichen Töpfen, meist bewusst ignoriert von den traditionellen Dienstleistern und Verbänden, die sich an solcher Infrastruktur nicht beteiligen wollen.

Solche Konstellationen sind für die Vertrauenswerbung in der Bürgerschaft Gift. Verbands- und milieuspezifisch kann eine Mobilisierung erfolgen, die letztlich die Konkurrenz zwischen den Arbeitsansätzen verstärkt. Es braucht daher neue Kooperationsformen, um die Infrastruktur als Dachnetz in den Kommunen verträglich zu verankern.

Mit den bisherigen Formen der kommunalen Bürgerbeteiligung ist es nicht getan. Sie belassen die Verwaltung wie sie ist, muten den zivilgesellschaftlichen Akteuren keine Öffnung zu und konfrontieren die örtliche Wirtschaft nicht mit präzisen Anforderungen, wozu sie zivilgesellschaftlich gebraucht wird. Die Intensivierung formalisierter Verfahren wie die Bürgerbegehren oder Stadtratsbeschlüsse beschleunigen nur die Teufelskreise der Veränderungsbehinderung. Produktiver sind konsequente Lern- und Projektformen aller Erwachsenen- und Bildungseinrichtungen, die mittels ihrer Öffnung Teil einer solchen Landschaft werden können. Es geht bekanntlich um Wissen, mehr Mitwirkungsmacht und Lebensstilveränderungen, wie sie am ehesten bei neuen Wohnformen, Transportmitteln, Grünparkpflegen, De-

menzkooperativen, Erziehungsbeteiligungsformen öffentlich sichtbar werden.

Kommunalpolitik steht in der Gefahr, durch Heranziehung der eher traditionellen Milieus eine Art „Versorgungsruhe“ in der Stadt herbeizuführen. Durch Bevorzugung konsequent moderner Milieus handelt sie sich den Vorwurf der „Arroganz“ ein und „kauft“ sie sich die Menschen in den versorgungsorientierten unteren und modernen jüngeren Milieus, „spaltet“ sie die Stadt. Und nicht zuletzt kann eine „gegen den Mainstream“ angelegte Politik der massiven Förderung vernachlässigter Milieus in der bürgerlichen Mitte Gefühle der „Nötigung“ durch die Stadtverwaltung hervorrufen.

Engagementpolitik als Alternative

Engagementpolitikstile prägen die Integrationskraft einer Kommune.

Kommunen müssen klare Vorstellungen entwickeln, welche Engagementpolitik sie betreiben wollen, ob diese alle Bürger ihrer Stadt und damit alle Milieus auf ihre Art in der Stadtentwicklung mitnimmt und ob sie gleichermaßen die eigene Verwaltung öffnet, die sie tragenden Parteien als Akteure (also als Handelnde und Behandelte) und die Wirtschaft konsequent mit dieser Politik konfrontiert. Wichtige kommunale Akteure wie Wohnbauunternehmen spielen dabei eine herausragende strategische Rolle.

Die Kommune muss alle, von Sport bis Politik, im Blick auf Methode und Vorgehensweise aufeinander zum Engagement verpflichten. Sie muss langfristig in Qualität und Leadership investieren. Die Rolle der Schulen und anderer sozialräumlich zentraler Orte ist bisher völlig unterbewertet. Der pluralen Erwachsenenbildung kommt dabei eine wichtigere Rolle zu als bisher.

Dies kann zusammengefasst als Grundstruktur einer „citizens governance“ benannt werden: Kommunen, die sich ihrer eigenen Verwaltungsreform, der Koordinierung der Methoden, der Modernisierung ihrer Vereine und Wirtschaft, der Vielfalt ihrer Milieus und der Pflege einer öffentlichen Kultur der Bürgerschaftlichkeit verpflichtet wissen. Dort, wo in Kommunen fortgeschrittenes Bürgerengagement stattfindet, wird hinreichend deutlich, dass es nicht um ein Nullsummenspiel, um Verteilung einer knappen Ressource geht, sondern um die Erschließung neuer Ressourcen, die das Dienstleistungsbild der Kommunen selbst verändern wird.

Anmerkung

¹ Vergl. hier das mutige Berliner Konzept zu den Bürgerschulen von Dettling/Parität